

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Sekretariat
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn
Präsident des NÖ Landtages
Ing. Hans PENZ
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 10.01.2017

zu Ltg.-1058-1/A-3/179-2016

-Ausschuss

LAD1-SEP-2/005-2016

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

BearbeiterIn

Christian Posch

(0 27 42) 9005

Durchwahl

13612

Datum

10. Jänner 2017

Betrifft

Maßnahmen gegen politisch-religiösen Fanatismus in Österreich sowie zum Schutz der heimischen Bevölkerung vor Terror; Entschließung des NÖ Landtages

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Beschluss des NÖ Landtages vom 20. Oktober 2016, Ltg.-1058-1/A-3/179-2016 (miterledigt Ltg.-1058/A-3/179-2016), wurde samt Antragsbegründung an die Österreichische Bundesregierung zuhanden des Bundeskanzlers und an das Bundesministerium für Inneres zuhanden des Bundesministers zur Berücksichtigung und Veranlassung der erforderlichen Schritte zu deren Umsetzung sowie raschen Verwirklichung der berechtigten Forderungen zum Schutz der heimischen Bevölkerung herangetragen.

Darauf sind folgende Antwortschreiben eingelangt:

a) Schreiben des Bundeskanzleramtes, Ministerratsdienst, vom 29. November 2016, GZ: BKA-350.710/0570-II/4/2016:

„Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ihr Schreiben vom 2. November 2016, mit dem Sie eine Resolution vom 20. Oktober 2016 betreffend Maßnahmen gegen politisch-religiösen Fanatismus in Österreich sowie zum Schutz der heimischen Bevölkerung vor Terror übermitteln, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 29. November 2016 vorgelegt.

Daraufhin wurde Ihr Schreiben dem Bundesministerium für Inneres zur Stellungnahme übersandt. Nach Einlangen der Stellungnahme wird Ihnen eine Antwort durch den Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes zugeleitet werden“.

b) Schreiben des Herrn Bundesminister für Inneres vom 12. Dezember 2016,
GZ: 21000/83-KBM/160:

„Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Eingangs möchte ich mich recht herzlich für Dein Schreiben vom 2. November 2016 bedanken. Ich darf Dir versichern, dass die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten jeglicher Art, sowie das Phänomen des Jihadismus und die islamistisch motivierte Radikalisierung und Rekrutierung für das Bundesministerium für Inneres höchste Priorität haben. Dabei stehen wir natürlich auch in personeller Hinsicht vor großen Herausforderungen. Die 2.373 zusätzlichen Exekutivplanstellen waren ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung seit 2015 personell um rund 20% aufgestockt. Weiters ist geplant, das Personal der Landesämter Verfassungsschutz um etwa 40% aufzustocken.

Wichtig in diesem Bereich sind natürlich auch die internationale Zusammenarbeit und eine gemeinsame EU-weite Lösung. Das Ziel ist eine gemeinsame europäische Lösung in den Bereichen Außengrenzschutz und Migration. Mit der Entsendung von Personal und Technik im Rahmen von FRONTEX bzw. durch Zurverfügungstellung von Expertenwissen wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet. Darüber hinaus nehmen die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in zahlreichen internationalen Gremien an einem intensiven Datenaustausch teil.

Zudem wird von den Experten des Bundesministerium für Inneres eine Ergänzung des Bundesgesetzes über die internationale polizeiliche Kooperation ausgearbeitet und in den nächsten Wochen dem Koalitionspartner zu Verhandlungen vorgelegt.

Natürlich wird auch sehr stark auf den Bereich der Prävention gesetzt. Wichtig ist unter anderem, dass unsere Polizistinnen und Polizisten zum Thema Radikalisierung sensibilisiert werden und ihnen die notwendige Ausrüstung zur Verfügung gestellt wird. Neue Schutzwesten, hochmoderne Hubschrauber, sowie gepanzerter Fahrzeuge und Investitionen in Infrastruktur- und Kriminaltechnik, EDV- und Kommunikationstechnologie, Personalaus- und Weiterbildung sowie Prävention sind daher wichtige Maßnahmen.

Um der Flüchtlingswelle entsprechend begegnen zu können, wurde gemeinsam mit dem Justiz- und Verteidigungsministerium ein Konzept ausgearbeitet. Der bereits präsentierte Aktionsplan "Sicheres Österreich" basiert im Wesentlichen auf fünf Säulen: Ausbau der Prävention, Verstärkung des Kontrolldrucks an Brennpunkten, insbesondere im urbanen Raum, schnellere Abwicklung der Verfahren, Rückführung von ausländischen Häftlingen in ihre Heimatländer sowie generelle Forcierung der Außerlandesbringungen abgelehnter Asylwerber.

Was das „Anti-Terror-Paket zum Schutz unserer Bürger“ betrifft, haben wir mit dem Projekt „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ einen wichtigen Schritt gesetzt. Das Ziel ist es, die Interaktion zwischen Polizei und Bevölkerung noch intensiver zu gestalten. Dadurch wird gewährleistet, dass die Polizei als Ansprechpartner für Sicherheitsfragen der Menschen genutzt wird und die Menschen an Sicherheitslösungen mitwirken. Weiters wurde als Kontaktmöglichkeit für die Bevölkerung in staatschutzrelevanten Angelegenheiten im Bundesministerium für Inneres die „Meldestelle für Extremismus“ (stopextremists@bmi.gv.at) eingerichtet.

Zusätzlich finden regelmäßige, groß angelegte Übungen statt, damit die Einsatzkräfte für den Ernstfall bestens gewappnet sind. Daran beteiligen sich Einsatzkräfte der Polizei und des Bundesheeres, des Einsatzkommandos Cobra und des Entschärfungsdienstes des

Bundesministeriums für Inneres sowie Rettung und andere Blaulichtorganisationen. Ziel dieser Einsatzübungen ist es unter anderem, polizeiliche Taktiken zu überprüfen, das Zusammenwirken der Organisationen abzustimmen sowie Entscheidungs- und Kommunikationsabläufe zwischen den miteinander vernetzten Dienst- und Stabstellen zu erproben.

Abschließend versichere ich Dir nochmal, dass seitens des Bundesministeriums für Inneres alles getan wird, damit Österreich auch weiterhin zu den sichersten Ländern der Welt gehört und sich die Menschen in unserem Land sicher fühlen“.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Erwin P R Ö L L
Landeshauptmann